

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heumallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



Inhalt

Dietrich Sperling, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbauminister, betont die Unentbehrlichkeit von Sozialwohnungen.

Seite 1/2

Günter Markscheffel weist die von der CDU ausgestreuten Spekulationen um eine "Volksfront" im Europäischen Parlament zurück.

Seite 3/4

Rudolf Hartung, Juso-Bundessekretär, sieht die SPD-Nachwuchsorganisation auf Konsolidierungskurs.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 67

5. April 1979

Der Sozialwohnungsbestand ist für die Wohnungsversorgung unentbehrlich

Zum Bundesrats-Gesetzentwurf des Landes Nordrhein-Westfalen

Von Dr. Dietrich Sperling MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbauminister

Der auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen vorgelegte Bundesratsentwurf zur Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes und des Zweiten Wohnungsbaugesetzes - Wohnungsbauänderungsgesetz 1978 - zielt im wesentlichen auf eine Entzerrung des Mietengefüges und auf eine Lockerung der Belegungs- und Mietpreisbindungen im sozialen Wohnungsbestand. Beides ist grundsätzlich zu begrüßen. Gegen den Vorschlag, den Ländern eine Zinsanhebung für ältere Förderungsjahrgänge zum Zwecke einer Mietpreisentzerrung zu ermöglichen, bestehen kaum Einwände. Allerdings muß bei einer solchen Anhebung gewährleistet sein, daß dies nicht zu Mietsprüngen nach oben führt, die für die betroffenen Mieter unzumutbar wären.

Erheblich problematischer sind die Vorschläge, die auf eine Lockerung der Belegungsbindungen und der Mietpreisbindungen abzielen. Im wesentlichen soll dies dadurch erreicht werden, daß die Eigenschaft als öffentlich geförderte Wohnung unter bestimmten Umständen zu einem früheren Zeitpunkt wegfallen kann als nach geltendem Recht. Was bisher nur für eigengenutzte Eigenheime und Eigentumswohnungen galt, daß nämlich bei vorzeitiger Rückzahlung der öffentlichen Mittel die Bindungen sofort entfallen, soll nach dem Vorschlag des Bundesrates auch für Mietwohnungen gelten, falls die Wohnung zum Zeitpunkt der Rückzahlung nicht vermietet ist oder das Mietverhältnis später endet. Nach geltendem Recht dagegen verbleiben solche Wohnungen auch nach vorzeitiger Rückzahlung der öffentlichen Mittel noch zehn Jahre lang in der Bindung.

Es liegt auf der Hand, daß viele Eigentümer von Sozialwohnungen von den neu geschaffenen Möglichkeiten Gebrauch

machen würden, um anschließend die Wohnung teurer zu vermieten oder sie nach Umwandlung in eine Eigentumswohnung gewinnbringend zu veräußern. Dies würde unvermeidlich zu einer Verringerung des Bestandes an Sozialwohnungen führen, und zwar insbesondere der älteren Sozialwohnungen, deren Mieten besonders niedrig liegen.

Angesichts mancherorts immer länger werdender Wartelisten für eine Sozialwohnung, angesichts sich abzeichnender Knappheit von erschwinglichen Mietwohnungen in den Ballungsgebieten scheint mir diese Konsequenz nicht hinnehmbar zu sein. Nach wie vor brauchen wir den Bestand an Sozialwohnungen als "Manövriermasse" für die Wohnversorgung derjenigen Teile der Bevölkerung, die aufgrund ihres Einkommens oder anderer Benachteiligungen nicht in der Lage sind, sich am Markt mit Wohnraum zu versorgen. Selbst wenn man unterstellt, daß ein Teil der durch vorzeitige Rückzahlung öffentlicher Mittel bei der öffentlichen Hand oder durch Veräußerung von Wohnungen beim Eigentümer freiwerdenden Mittel wieder zum Bau von Mietwohnungen verwendet würden, auch von Sozialwohnungen, so kann dies doch nicht den Verlust gerade der besonders preiswerten älteren Sozialwohnungen ersetzen. Gerade diese benötigen wir für die Wohnungsversorgung der sozial Schwächeren in besonderem Maße.

Auf der anderen Seite gibt es weite Gebiete in der Bundesrepublik, meist die eher ländlichen oder kleinstädtischen Bereiche, in denen der Wohnungsmarkt ausgeglichen ist und ein ausreichendes Angebot an preiswertem Wohnraum besteht. Hier besteht keine Veranlassung, auf dem Fortbestehen der Bindungen auch nach vorzeitiger Rückzahlung der Mittel zu bestehen.

Die grundsätzlich zu begrüßende Liberalisierung der Belegungs- und Preisbindungen darf also nicht zur Verringerung des Sozialwohnungsbestandes in solchen Gebieten führen, in denen ein erhöhter Bedarf an solchen Wohnungen besteht. Sie darf also nur in Gebieten zur Anwendung kommen, in denen der Bedarf an Sozialwohnungen wegen des ausgeglichenen Wohnmarktes nicht erhöht ist. Aus diesem Grunde hat die Bundesregierung die Aufnahme einer Ermächtigung für Länder in das Gesetz gefordert, sogenannte Bedarfsschwerpunkte zu bestimmen, in denen die Auflockerungsregelungen nicht gelten sollen.

(-/5.4.1979/ks/evo)

+ + +

CDU-Propaganda zur Europa-Wahl immer hirnrissiger

Von der CDU genährte Spekulationen um eine Volksfront im Europäischen
Parlament sind abwegig

Es ist gespenstisch, wenn man beobachtet, wie sich CDU-Generalsekretär Geißler bemüht, der Partei wenigstens bei den Europawahlen etwas Auftrieb zu geben. Die hierbei von Geißler jedoch angewandten Methoden grenzen an Hirnrissigkeit.

Der CDU-Generalsekretär hält die Wähler in der Bundesrepublik ganz offensichtlich für hoffnungslose Ignoranten, wenn er glaubt, er könne gegen die SPD mit der völlig gegenstandslosen Behauptung auftreten, die deutsche Sozialdemokratie strebe ein "Europa der Volksdemokraten" an. Abgesehen davon, daß in der Bundesrepublik selbst eine solche Möglichkeit überhaupt nicht besteht, weil die deutschen Kommunisten im Europäischen Parlament nicht einen einzigen Abgeordneten stellen werden, ist auch ein interfraktionelles Zusammengehen der europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten mit den Kommunisten Italiens oder Frankreichs völlig ausgeschlossen.

Zunächst ist klar, daß sich die Gemeinschaft der europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten programmatisch auf die Bildung einer möglich starken und selbständig im Europa-Parlament agierenden Fraktion festgelegt hat. Weder mit den italienischen und erst recht nicht mit den französischen Kommunisten kommt für die Sozialdemokraten und Sozialisten eine Fraktionsgemeinschaft in Frage.

Auf kommunistischer Seite besteht ebenfalls keine Neigung dazu, mit den Sozialisten und Sozialdemokraten etwa eine Fraktionsgemeinschaft zu bilden. Die italienischen Kommunisten haben zwar angedeutet, daß sie auch im europäischen Parlament - ebenso wie in der italienischen Innenpolitik - den "historischen Kompromiß im europäischen Rahmen" anstreben, aber nach wie vor ihre Selbständigkeit behalten wollen. Außerdem besteht zwischen den französischen und italienischen Kommunisten Uneinigkeit darüber, welche Rolle Kommunisten im Europäischen Parlament spielen sollen. Die Italiener wollen "konstruktiv mitarbeiten", die Franzosen dagegen sagen, sie wollten das Europäische Parlament als "Plattform" für eine klare Opposition gegen ein Europa der Monopole und Multis benutzen.

Die Sozialisten und Sozialdemokraten Europas sind sich darüber einig, daß im direkt gewählten Europäischen Parlament in den nächsten Jahren Initiativen notwendig sind, die

zum Ziel haben, das gegenwärtige Europa der Bürokraten und der selbtherrlichen Ministerentscheidungen in ein Europa der Völker umzuwandeln. Hierbei stützen sich die Sozialisten und Sozialdemokraten natürlich auf die im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) zusammengeschlossenen freien Arbeitnehmer-Organisationen. Nicht wenige Vertreter dieser Organisationen werden - nicht nur in der Bundesrepublik - über die Listen der Sozialisten und Sozialdemokraten in das Europäische Parlament einziehen.

Bei der praktischen Parlamentsarbeit - das ist die Vorstellung der Sozialisten und Sozialdemokraten - werden selbstverständlich alle Gruppen und Fraktionen diejenigen Bundesgenossen suchen, mit deren Hilfe sie eine Mehrheit erreichen können. Praktisch bedeutet dies, daß zum Beispiel die Christdemokraten bei bestimmten Initiativen die Unterstützung der Sozialdemokraten anstreben werden und umgekehrt. Wenn hierbei ein italienischer oder französischer Kommunist sich den Bestrebungen etwa der Christdemokraten oder Sozialdemokraten anschließen sollte, wäre dies ein ganz natürlicher Vorgang, der in allen Parlamenten der Welt als Selbstverständlichkeit gilt, ohne daß irgendjemand von einer "Volksfront" redet. (Die Christdemokraten Italiens haben diese Methode seit vielen Monaten angewandt. Auch im bisherigen Europa-Parlament haben die dortigen italienischen Kommunisten von Fall zu Fall einmal mit den Christdemokraten und einmal mit den Sozialdemokraten gestimmt.)

Obwohl Geißler dies natürlich auch alles weiß, scheint er jetzt seine Anti-Volksfront-Hysterie auch auf die Gewerkschaften übertragen zu wollen. Seine Aufforderung an DGB-Chef Vetter, der DGB solle einen Aufnahme-Antrag der kommunistisch gesteuerten französischen Gewerkschaft CGT in den EGB ablehnen oder aus dem Bund austreten, verrät entweder die völlige Unkenntnis des CDU-Generalsekretärs von den Statuten des Bundes oder ist der bewußte Versuch, im Trüben zu fischen.

Die CGT ist bis zur Stunde Mitglied des kommunistisch gesteuerten Weltgewerkschaftsbundes. Nach den Statuten des EGB ist eine Doppelmitgliedschaft im Weltgewerkschaftsbund und im EGB ausgeschlossen. Wenn also die CGT überhaupt eine Chance haben könnte, sich dem EGB anzuschließen, müßte sie vorher in aller Form aus dem Weltgewerkschaftsbund austreten. Das alles heißt mit anderen Worten: Diese hier angeschnittene Frage müßte erst einmal geklärt werden, ehe überhaupt über einen Aufnahme-Antrag der französischen CGT in den IBFG entschieden werden könnte.

Auf die CDU-Propaganda zur Europawahl übertragen, bedeutet dies alles, daß Geißler in jeder Beziehung offene Türen einrennt. Er führt ein Schattenboxen vor, und wird dadurch die Partei nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch im gesamteuropäischen Bereich in eine unmögliche Situation hineinmanövrieren.

Günter Markscheffel
(-/5.4.1979/ks/evo)

+ + +

Verstärktes Engagement für gesellschaftliche Veränderungen

Verhältnis der Jusos zur SPD-Spitze hat sich deutlich verbessert

Von Rudolf Hartung
Bundessekretär der Jungsozialisten

Die Jungsozialisten haben durch ihren Bundeskongreß in Aschaffenburg an innerer Stabilität und Selbstbewußtsein gewonnen. Die Rede des Bundesgeschäftsführers der SPD und der Rechenschaftsbericht des Juso-Bundesvorstands haben deutlich gemacht: SPD und Jungsozialisten diskutieren wieder miteinander, auch wenn es weiter unterschiedliche Meinungen zu aktuellen politischen Fragen gibt. Wenn die Ankündigung von Egon Bahr verwirklicht ist, er wolle für den Bereich des Parteivorstands auf die Anwendung der von den Jungsozialisten als Maulkorberlaß kritisierten Einvernehmensregelung verzichten, haben die Jungsozialisten wieder ein wesentliches Stück an Glaubwürdigkeit gegenüber kritischen Jugendlichen zurückgewonnen.

Ein nach schleswig-holsteinischem Vorbild gestaltetes Verhältnis zwischen SPD-Vorstand und Jugendorganisation würde den Jungsozialisten erleichtern, Jugendliche als Mitglieder zu gewinnen, die mit alternativen Listen liebäugeln und kritisch-passiv die Arbeit von SPD und Jungsozialisten beobachten, aber für die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse praktisch ausfallen.

Durch den Bundeskongreß haben die Jungsozialisten aber auch an politischem Profil gewonnen. Sie haben deutlich gemacht, daß sie sich aus der Tagespolitik nicht verabschiedet haben und sich innerparteilich wieder stärker zu Wort melden werden.

Den Beschluß des Kölner Parteitages, die Einstellung in den öffentlichen Dienst neu zu regeln, wird von den Jungsozialisten nach wie vor unterstützt, auch wenn sie an weitergehenden Vorstellungen hinsichtlich der Schaffung eines einheitlichen Dienstrechtes und der völligen Beseitigung vorgeschalteter Überprüfungsverfahren festhalten. Die Forderung des Juso-Bundesvorstandes, Bundesminister Gscheidle müsse abgelöst werden, wenn er diesen Beschluß des Parteitages nicht verwirkliche, ist Ausdruck des Willens,

die Schere zwischen Regierungspolitik und Wollen der Partei nicht noch größer werden zu lassen. Die Jusos wollen die jungen Leute nicht wieder verlieren, die durch die Vorstöße von Willy Brandt, Hans Koschnick, Herbert Wehner und Egon Bahr und den Beschluß des Parteitages gerade erst wieder für die SPD interessiert werden konnten.

Die Auseinandersetzung um Verfassungsgrundsätze in der Jugend werden die Jungsozialisten nicht den Konservativen überlassen. Mit gemeinsamen Aktionen zusammen mit DGB-Gewerkschaftsjugend, SJD Die Falken und anderen Jugendorganisationen des Bundesjugendrings soll der 30. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes genutzt werden, auf den Widerspruch zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit hinzuweisen und auf die Einlösung berechtigter Ansprüche sozial Benachteiligter zu drängen.

In die Wahlauseinandersetzung um die Europa-Wahlen gehen die Jungsozialisten selbstbewußt, aber kritisch gegenüber europäischer Bürokratie. Sie wollen den Jugendlichen klar machen, daß es bei den Wahlen um mehr geht, als die Wahl der Abgeordneten für ein europäisches Parlament, das seine Rechte gegenüber Ministerrat und Kommission erst einmal durchsetzen muß.

Sie wollen die Jugend der Bundesrepublik davon überzeugen, daß es notwendig ist, dem konservativen Angriff auf Grundrechte und soziale Sicherheit mit einem verstärkten Engagement für gesellschaftliche Veränderung zu begegnen, die SPD nicht nur bei Wahlen zu unterstützen, sondern auch selbst politisch zu arbeiten. Eine Kampagne des Juso-Bundesvorstands, bei den Jungsozialisten mitzuarbeiten und der SPD beizutreten, vor allem aber neue Arbeitsgemeinschaften zu gründen, wird vorbereitet. Schülergruppen sollen initiiert und Juso-Hochschulgruppen auch in Konkurrenz zum SHB eingerichtet werden. Die Jungsozialisten haben sich auf ihre eigene Kritik besonnen; sie haben ihre Innerverbandliche Talsohle verlassen. (-/5.4.1979/ks/evo)

+ + +